



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 13. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages
am 07.05.2009
in Bremervörde, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Kreistagsvorsitzender Abg. Reinhard Brünjes
Landrat Hermann Luttmann
Abg. Heinz-Günter Bargfrede
Abg. Renate Bassen
Abg.e Angela van Beek
Abg. Henri Blanken
Abg. Marcus Blanken
Abg. Doris Brandt
Abg. Hedda Braunsburger
Abg. Günter Brunkhorst
Abg. Rüdiger Bruns
Abg. Lütje Burfeindt
Abg. Reinhard Bussenius
Abg. Heinz-Friedrich Carstens
Abg. Dirk Detjen
Abg. Klaus Dreyer
Abg. Hans-Heinrich Ehlen bis 9.45 Uhr
Abg. Dr. Hein-Arne zum Felde
Abg. Reinhard Frick
Abg. Dr. Peter Fröhlich
Abg. Barbara Frömming
Abg. Erich Gajdzik
Abg. Heinz-Dieter Gebers
Abg. Hans-Klaus Genter-Mickley
Abg. Ute Gudella-de Graaf
Abg. Friedhelm Helberg
Abg. Gerhard Holsten
Abg. Hans-Joachim Jaap
Abg. Hinrich Kackmann
Abg. Karl-Hans Keller
Abg. Hans-Jürgen Krahn
Abg. Volker Kullik
Abg. Hartmut Leefers
Abg. Rolf Lüdemann
Abg. Klaus Mangels

Abg. Angelus Pape
Abg. Bernd Petersen
Abg. Karlheinz Poredda
Abg. Marc Reuter
Abg. Claus Riebesehl
Abg. Helmut Ringe
Abg. Jürgen Rudolph
Abg. Joachim Schulz
Abg. Christian Sonnenwald
Abg. Detlef Steppat
Abg. Reinhard Trau
Abg. Elke Twesten
Abg. Manfred Wernecke
Abg. Bernd Wölbern

ab 10.00 Uhr

Verwaltung

Erster KR Dr. Torsten Lühring
KR Sven Höhl
KVD Heinz Peimann
KOAR Gerd Fricke
VA Jochen Twiefel

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Ralf Borngräber
Abg. Hans-Cord Graf von Bothmer
Abg. Hans-Hermann Engelken
Abg. Rudolf Kahrs
Abg. Lühr Klee
Abg. Jan-Christoph Oetjen

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 12. Sitzung des Kreistages am 18.03.2009
- 4 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses
- 5 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 6 Umbildung von Ausschüssen
Vorlage: 2006-11/0711
- 7 1. Nachtragshaushaltssatzung 2009 und 1. Nachtragshaushaltsplan 2009 - Konjunkturpaket II -
Vorlage: 2006-11/0685

- 8** Entlastung des Landrats aus der Jahresrechnung 2007 des Landkreises Rotenburg (W.)
Vorlage: 2006-11/0646
- 9** Eröffnungsbilanz des Landkreises Rotenburg (Wümme) zum Bilanzierungstichtag 1. Januar 2008
Vorlage: 2006-11/0647
- 10** Verwendung des Ergebnisses des Nettoeregietriebes Abfallwirtschaft für das Jahr 2007
Vorlage: 2006-11/0688
- 11** Haushaltsüberschreitungen
- 11.1** Einzelentscheidung, hier: Teilhaushalt 3 (Bildung und Kultur) Produkt 54.7.01 (ÖPNV) Investitionszuschuss "Bürgerbus Sottrum"
Vorlage: 2006-11/0689
- 11.2** Unterrichtung
Vorlage: 2006-11/0684
- 12** 1. Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung des Taxenverkehrs im Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2006-11/0671
- 13** Teilnahme des Veterinäramtes des Landkreises Rotenburg (Wümme) an dem Deutsch-Niederländischen INTERREG IV A-Projekt Safe Guard
Vorlage: 2006-11/0674
- 14** Abschluss einer Zweckvereinbarung zwischen den Landkreisen Cuxhaven, Osterholz, Rotenburg (Wümme) und Stade über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Tierseuchen im Krisenfall nach § 5 des Niedersächsischen Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit
Vorlage: 2006-11/0669
- 15** Jugendhilfeplanung
hier: Anpassung des Ausbauplans gemäß § 24 a KiföG
Vorlage: 2006-11/0692
- 16** Richtlinie zur Förderung von Hortplätzen
Hier: Anpassung der Richtlinie an die neue Vereinbarung zwischen dem Landkreis und den kreisangehörigen Städten, Samtgemeinden und Gemeinden über die Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen
Vorlage: 2006-11/0693
- 17** Satzung des Landkreises Rotenburg (Wümme) über die Förderung von Kindern in Kindertagespflege (§§ 23 und 24 SGB VIII) und die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Kindertagespflege (§ 90 SGB VIII)
Vorlage: 2006-11/0695
- 18** Anhebung der Wertgrenzen für Auftragsvergaben
Vorlage: 2006-11/0694
- 19** Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18.12.2008 zur Schulentwicklungsplanung
Vorlage: 2006-11/0662

20 Schutzengelprojekt im Landkreis Rotenburg (Wümme); Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 02.03.2009
Vorlage: 2006-11/0676

21 Anfragen

22 Einwohnerfragestunde

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Kreistagsvorsitzender Brünjes eröffnet die Sitzung um 9.00 Uhr und stellt fest, dass der Kreistag nach ordnungsgemäßer Einladung beschlussfähig ist. Die Abgeordneten Borngräber, Graf von Bothmer, Engelken, Kahrs, Klee und Oetjen fehlen entschuldigt.

Kreistagsvorsitzender Brünjes begrüßt die Zuhörer sowie die Vertreter der Presse und der Verwaltung.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Kreistagsvorsitzender Brünjes erklärt, der Kreisausschuss habe in seiner Sitzung am 30.04.2009 vorgeschlagen, den Tagesordnungspunkt 14 „Abschluss einer Zweckvereinbarung zwischen den Landkreisen Osterholz, Rotenburg (Wümme) und Stade über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Tierseuchen im Krisenfall“ in plattdeutscher Sprache zu behandeln.

Landrat Luttmann ergänzt, in der Kreisausschusssitzung am 30.04.2009 habe die Abg. Twesten erklärt, der in der heutigen Sitzung unter Tagesordnungspunkt 19 zur Beratung vorgesehene Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen vom 18.12.2008 zur Schulentwicklungsplanung werde von ihrer Fraktion zur nächsten Sitzung des Schulausschusses noch konkretisiert. Eine Behandlung in der heutigen Kreistagssitzung solle deshalb nicht erfolgen.

Abg. Twesten ist der Meinung, der Antrag solle nach wie vor in der heutigen Sitzung des Kreistages beraten werden. Sie habe im Kreisausschuss lediglich eine Konkretisierung des Antrages in der Kreistagssitzung angekündigt.

Anschließend wird die Tagesordnung einstimmig in der vorstehenden Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 12. Sitzung des Kreistages am 18.03.2009**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 12. Sitzung des Kreistages am 18.03.2009 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	48
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses**

Der **Landrat** berichtet wie folgt:

Seit der letzten Kreistagssitzung am 18.03.2009 sei der Kreisausschuss am 30.04.2009 zu einer Sitzung zusammengetreten.

Neben Vergabe-, Vertrags- und Personalangelegenheiten seien im Wesentlichen Empfehlungen für die heutige Kreistagssitzung beschlossen worden.

Es seien folgende Beschlüsse von allgemeiner Bedeutung gefasst worden:

1. Das am 22.04.2009 mit 21.710 Unterstützungsunterschriften eingereichte Bürgerbegehren „Am (Über-)Leben eines Menschen ist nicht zu sparen – keine Schließung von Rettungswachen im Landkreis Rotenburg (Wümme) -“ sei zulässig. Die Abstimmung finde am 07.06.2009 in der Zeit von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr statt.
2. Dem Verein Bürger Bus Samtgemeinde Sottrum e. V. werde für die notwendigen Fahrzeugbeschaffungs- und sonstigen Anlaufkosten ein einmaliger Kreiszuschuss in Höhe von 31.500 Euro gewährt. Darüber hinaus werde ein laufender Betriebskostenzuschuss von 2.500 Euro für die ersten drei Betriebsjahre gewährt.
3. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) übernehme im Wesentlichen Bibliothek und Archive des Instituts für Heimatforschung sowie der Kreisgemeinschaft Angerburg und führe sie als Außenstelle des Kreisarchivs im zu erweiternden Verwaltungsgebäude am Weicheler Damm in Rotenburg fort. Voraussetzung sei ein Baukostenzuschuss des Heimatbundes Rotenburg e. V. in Höhe von 300.000 Euro an den Landkreis.
4. Die Einrichtung zusätzlicher Gesamtschulangebote im Landkreis Rotenburg (Wümme) solle ermöglicht werden, soweit sich aufgrund des zu ermittelnden Elternwillens ein ausreichender Bedarf hierfür ergebe. Die Verwaltung werde beauftragt, zur nächsten Sitzung des Schulausschusses unter Beteiligung der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden ein Konzept für die Weiterentwicklung der Schulstruktur im Landkreis zu erarbeiten, das mögliche Standorte für die Errichtung neuer Gesamtschulangebote beinhalte sowie eine gemeindeübergreifende, standortbezogene Elternbefragung vorzubereiten.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Der **Landrat** berichtet wie folgt:

1. Die Mitgliederversammlung des Heimatbundes Rotenburg habe am Montag dieser Woche beschlossen, auf das Angebot des Landkreises zur Übernahme des Instituts für Heimatforschung einzugehen. Der Landkreis solle dafür aus dem Verkaufserlös für die bisherige Institutsliegenschaft 300.000 Euro als Baukostenzuschuss für das Gebäude am Weicheler Damm erhalten.
2. Die Arbeitslosenzahlen für den Monat April 2009 seien den Abgeordneten in einer Übersicht auf den Tisch gelegt worden.
3. Die für den 19.05.2009 terminierte Sitzung des Ausschusses für Sport und Kultur müsse ausfallen. Die vorgesehene Bereisung solle vor der Herbstsitzung am 03.12.2009 stattfinden.

Abg. Wölbern bittet um die Gelegenheit zu einer Nachfrage zum Bericht des Landrates. Er geht zunächst ausführlich auf den Ablauf der Diskussion über die Neustrukturierung des Rettungsdienstes im Landkreis ein. Die Debatte um die Umsetzung des Bedarfsgutachtens habe eine große Dynamik entwickelt, was verdeutliche, dass die rettungsdienstliche Versorgung ein wichtiges Thema im Landkreis sei. Das Gutachten werfe einige Fragen auf, die bisher nicht geklärt seien. Deshalb habe die SPD-Fraktion die Beauftragung eines ergänzenden Gutachtens beantragt und eigene Vorschläge zur Verbesserung der aktuellen Situation eingebracht. Diesem Antrag sei die Kreistagsmehrheit jedoch nicht gefolgt. Auch den nachfolgenden Antrag der SPD-Fraktion zur Verbesserung der Versorgung der bislang unterversorgten Gebiete habe die Mehrheitsfraktion abgelehnt. In diesem Zusammenhang bitte er um die Beantwortung folgender Fragen:

Welche Schritte seien konkret als nächstes geplant?

Wie lange solle die Unterversorgung von Teilen des Kreisgebietes noch andauern?

Sei ein neues Gutachten in Auftrag gegeben worden?

Er halte es für wichtig, dass die Kreistagsfraktionen umgehend über die Ergebnisse des am morgigen Freitag stattfindenden Gesprächs mit Vertretern der Krankenkassen und Bürgermeistern informiert werde. Er rege deshalb an, der Kreisausschuss solle unmittelbar im Anschluss zu einer Sitzung zusammenkommen.

Landrat Luttmann antwortet, die nächste konkrete Maßnahme sei das morgige Gespräch mit den Vertretern der Kostenträger sowie Bürgermeistern. Die Missstände in der rettungsdienstlichen Versorgung im Landkreis sollten so schnell wie möglich behoben werden. Er halte es für sinnvoll, vor einer Einberufung des Kreisausschusses zunächst das Ergebnis des Gesprächs abzuwarten.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Umbildung von Ausschüssen**
Vorlage: 2006-11/0711

Abg. Twesten erklärt, die Neubesetzung der Ausschüsse durch die Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen nach dem Ausscheiden des Abg. Schulz aus dem Kreistag solle wie in der an die Abgeordneten verteilten Beschlussvorlage erfolgen.

Abg. Bargfrede führt aus, der Sitz im Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft Nord-Ost-Niedersachsen mbH (VNO) solle mit dem Abg. Hans-Joachim Jaap besetzt werden. Den freiwerdenden Sitz in der Gesellschafterversammlung der VNO solle der Abg. Dr. Peter Fröhlich übernehmen.

Beschluss:

Die personelle Besetzung wird wie folgt festgestellt:

Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr: Abg. Reinhard Bussenius (für Abg. Joachim Schulz),

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Planung: Abg. Thomas Lauber (für Abg. Reinhard Bussenius),

Feuerschutzausschuss: Abg. Thomas Lauber (für Abg. Joachim Schulz),

Ausschuss für Ortsgestaltung: Abg. Thomas Lauber (für Abg. Joachim Schulz),

Ausschuss für Hoch- und Tiefbau: Abg. Thomas Lauber (für Abg. Joachim Schulz),

stellvertretendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss: Abg. Thomas Lauber (für Abg. Joachim Schulz),

stellvertretendes Mitglied in der Gesellschafterversammlung der Verkehrsgesellschaft Nord-Ost-Niedersachsen mbH (VNO): Abg. Dr. Peter Fröhlich (für Abg. Joachim Schulz),

stellvertretendes Mitglied im Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft Nord-Ost-Niedersachsen mbH (VNO): Abg. Hans-Joachim Jaap (für Abg. Joachim Schulz).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	48
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 7 der Tagesordnung: **1. Nachtragshaushaltssatzung 2009 und 1. Nachtrags-
haushaltsplan 2009 - Konjunkturpaket II -
Vorlage: 2006-11/0685**

Abg. Holsten führt aus, die wirtschaftliche Lage sei zur Zeit weltweit schwierig. Die Wirtschaftskrise habe nun auch den Elbe-Weser-Raum erreicht. Zum Glück hätte sich dies noch nicht auf dem hiesigen Arbeitsmarkt ausgewirkt. Die Wirtschaftskrise sei auch der Grund für den vorliegenden Nachtragshaushaltsplan des Landkreises. Dieser beinhalte einen investiven Teil im Umfang von ca. 10,3 Millionen Euro. Davon würden ca. 9 Millionen Euro als Fördermittel vom Bund gezahlt, ca. 1,3 Million Euro entfielen auf Mittel des Landkreises. Insgesamt würden ca. 6 Millionen Euro in den Bereich der energetischen Sanierung von Gebäuden und ca. 3 Millionen Euro in die Bildungsinfrastruktur fließen. Es sei erfreulich, dass nun Maßnahmen angegangen werden könnten, die in den letzten Jahren aufgrund der finanziellen Situation etwas vernachlässigt worden seien. Er bitte die Abgeordneten um Zustimmung zum vorliegenden Nachtragshaushaltsplan. Die Maßnahmen müssten verwirklicht werden, damit zur Stärkung der regionalen Wirtschaft beigetragen werde. Allerdings seien die Bundesmittel nur über Kredite finanziert worden. Der Landkreis könne seinen Anteil von ca. 1,3 Millionen Euro dagegen aus dem Haushalt finanzieren. Dafür werde die ursprünglich vorgesehene Sondertilgung gekürzt werden müssen. Das Ziel der Reduzierung der Verschuldung auf unter 50 Millionen Euro werde damit vermutlich noch nicht im kommenden Jahr erreicht werden können. Es bleibe wichtig, die Verschuldung nicht wieder ansteigen zu lassen und vor diesem Hintergrund mit finanziellen Forderungen bescheiden zu bleiben.

Abg. Helberg erklärt, die SPD-Fraktion billige nach wie vor nicht die mit der Verabschiedung des Haushaltsplanes 2009 getroffenen fehlerhaften Entscheidungen wie z. B. die Senkung der Jagdsteuer. Dem Kreistag bleibe aber nichts anderes übrig, als das Konjunkturpaket II des Bundes umzusetzen. Zielrichtung sei eine Belebung der Wirtschaft durch die Stützung der regionalen Handwerksbetriebe. Er hoffe, dass das Geld auch dort ankommen werde. Die Wirtschaftskrise werde in den folgenden Jahren auch auf der kommunalen Ebene nicht ohne Auswirkungen bleiben. Die Steuereinnahmen der Kommunen und damit auch die Einnahmen des Landkreises würden sinken. Mit dem Nachtragshaushalt würden Maßnahmen vorweggenommen, die ansonsten in späteren Jahren hätten durchgeführt werden müssen. Diesen Maßnahmen stimme die SPD-Fraktion uneingeschränkt zu. Aber die Gesamtentwicklung der Konjunktur und Kosten durch z. B. den Bürgerentscheid zum Rettungsdienst blieben Risikofaktoren im Hinblick auf die Haushaltsentwicklung. Die SPD-Fraktion werde dem vorliegenden Nachtragshaushalt zustimmen.

Abg. Steppat begrüßt, dass Bund, Länder und auch der Landkreis zügig auf die wirtschaftliche Entwicklung reagiert hätten. Ebenso begrüße die WFB-Fraktion die im Nachtragshaushalt vorgesehenen Maßnahmen und werde dem Beschlussvorschlag zustimmen. Er weist auf die Risiken hinsichtlich der weiteren Entwicklung, auch auf dem Arbeitsmarkt, hin.

Abg. Bussenius erklärt, auch die Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen werde dem Nachtragshaushalt zustimmen. Die vorgesehenen Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung seien erfreulich.

Beschluss:

Der Erlass der vorliegenden 1. Nachtragshaushaltssatzung 2009 mit dem 1. Nachtragshaushaltsplan 2009 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	48
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Landrat Luttmann verlässt den Sitzungsraum.

Punkt 8 der Tagesordnung: **Entlastung des Landrats aus der Jahresrechnung 2007 des Landkreises Rotenburg (W.)**
Vorlage: 2006-11/0646

Abg. Holsten erklärt, der Prüfungsausschuss habe den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Jahresrechnung 2007 in seiner Sitzung am 05.03.2009 eingehend beraten. Es hätten sich keine Beanstandungen ergeben und der Prüfungsausschuss habe einstimmig die Entlastung des Landrates aus der Jahresrechnung 2007 empfohlen. Er bitte die Abgeordneten, dieser Empfehlung zu folgen.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt gemäß § 65 NLO i.V.m. § 101 Abs. 1 NGO die Jahresrechnung einschließlich der Sonderrechnungen der Betriebe Abfallwirtschaft und Rettungsdienst des Landkreis Rotenburg (W.) für das Haushaltsjahr 2007 anzunehmen und dem Landrat bezüglich der Haushaltsführung die Entlastung zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	47
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Landrat Luttmann nimmt wieder an der Sitzung teil.

Punkt 9 der Tagesordnung: **Eröffnungsbilanz des Landkreises Rotenburg (Wümme) zum Bilanzierungstichtag 1. Januar 2008**
Vorlage: 2006-11/0647

Landrat Luttmann weist auf die einstimmigen Empfehlungsbeschlüsse des Prüfungsausschusses und des Finanzausschusses hin, in deren Sitzungen die Eröffnungsbilanz des Landkreises umfassend vorgestellt worden sei.

Abg. Holsten hält die vorliegende 1. Eröffnungsbilanz für solide. Der Landkreis stehe auf gesunden Füßen. Rund 50 % der Bilanzsumme seien aus eigenen Mitteln finanziert. Die Kredite hielten sich in Grenzen, auch wenn die Verschuldung aktuell über dem Landesdurchschnitt liege. Positiv sei, dass die Vermögenswerte vorsichtig bewertet worden seien und vergebene Zuwendungen im Umfang von ca. 80 Millionen Euro zutreffend ebenfalls nicht in der Bilanz berücksichtigt wurden. Einige Posten der Bilanz, wie z. B. die Beteiligungen, seien unter ihrem tatsächlichen aktuellen Marktwert bewertet worden. Insgesamt handle es sich um eine solide Bilanz. Er bedankt sich bei den Mitarbeitern der Kämmerei und dem zuständigen Dezernenten für die geleistete Vorarbeit.

Auch **Abg. Dreyer** dankt in seinen Ausführungen den Mitarbeitern des Rechnungsprüfungsamtes und der Kämmerei. Im Prüfungsausschuss sei die Eröffnungsbilanz eingehend diskutiert worden. Der Landkreis verfüge im Gegensatz zu wirtschaftlichen Unternehmen nicht über Handelsware im eigentlichen Sinn. Die im Eigentum des Landkreises stehenden Straßen und Gebäude hätten einen besonderen Wert für die Sicherstellung z. B. des Verkehrs und der schulischen Versorgung und müssten unterhalten werden. Deswegen seien die im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket vorgesehenen Maßnahmen auch besonders wichtig. Es bleibe abzuwarten, ob später Korrekturen an der Bilanz notwendig würden. Die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Beschluss:

Die Eröffnungsbilanz des Landkreises Rotenburg (Wümme) auf den 01.01.2008 mit einer Bilanzsumme von 291.634.051,99 € und einem Basis-Reinvermögen von 27.501.030,69 € wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	48
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Abg. Ehlen verlässt die Sitzung um 9.45 Uhr.

Punkt 10 der Tagesordnung: **Verwendung des Ergebnisses des Nettoregiebetriebes Abfallwirtschaft für das Jahr 2007**
Vorlage: 2006-11/0688

Beschluss:

Der Jahresüberschuss des Nettoregiebetriebes Abfallwirtschaft für das Wirtschaftsjahr 2007 in Höhe von 796.938,22 € wird auf das Wirtschaftsjahr 2008 vorgetragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	47
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 11 der Tagesordnung: **Haushaltsüberschreitungen**

Punkt 11.1 der Tagesordnung: **Einzelentscheidung, hier: Teilhaushalt 3 (Bildung und Kultur) Produkt 54.7.01 (ÖPNV) Investitionszuschuss "Bürgerbus Sottrum"**
Vorlage: 2006-11/0689

Beschluss:

Der außerplanmäßigen Auszahlung im Teilfinanzhaushalt 3 (Bildung und Kultur), Produkt 54.7.01 (ÖPNV) in Höhe von 31.500 € wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 11.2 der Tagesordnung: **Unterrichtung**
Vorlage: 2006-11/0684

Der Kreistag nimmt von den eingetretenen Haushaltsüberschreitungen Kenntnis.

Punkt 12 der Tagesordnung: **1. Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung des Taxenverkehrs im Landkreis Rotenburg (Wümme)**
Vorlage: 2006-11/0671

Beschluss:

Die 1. Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung des Taxenverkehrs im Landkreis Rotenburg (Wümme) (Taxenordnung) vom 02.05.2006 wird in der anliegenden Fassung zum 01.06.2009 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 13 der Tagesordnung: **Teilnahme des Veterinärarnates des Landkreises Rotenburg (Wümme) an dem Deutsch-Niederländischen INTERREG IV A-Projekt Safe Guard**
Vorlage: 2006-11/0674

Beschluss:

Der Übernahme des Eigenanteils in Höhe von rund 40.000 € für das INTERREG IV A-Projekt Safe Guard-Projekt durch Erbringung von Personalleistungen bereits beschäftigter Tierärzte des Landkreises und durch Sachleistungen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 14 der Tagesordnung: **Abschluss einer Zweckvereinbarung zwischen den Landkreisen Cuxhaven, Osterholz, Rotenburg (Wümme) und Stade über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Tierseuchen im Krisenfall nach § 5 des Niedersächsischen Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit**
Vorlage: 2006-11/0669

Abg. Trau hält die Zusammenarbeit der Landkreise für eine gute Sache, weil die Kreisgebiete ein Zentrum der Rindviehhaltung darstellten. Deswegen sei es gut, wenn im Krisenfall eine enge Kooperation stattfindet. Die Übernahme der Federführung durch den jeweiligen Landkreis, in dem eine Seuche ausgebrochen sei, stelle eine sinnvolle Regelung dar. Vielleicht werde durch die Vereinbarung auch mehr Sachlichkeit in der öffentlichen Berichterstattung über Tierseuchen erreicht.

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte Zweckvereinbarung zwischen den Landkreisen Cuxhaven, Osterholz, Rotenburg (Wümme) und Stade über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Tierseuchen im Krisenfall nach § 5 des Niedersächsischen Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (NKomZG) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Abg. Reuter nimmt ab 10.00 Uhr an der Sitzung teil.

Punkt 15 der Tagesordnung: **Jugendhilfeplanung**
hier: Anpassung des Ausbauplans gemäß § 24 a KiföG
Vorlage: 2006-11/0692

Abg. van Beek weist auf die Ergebnisse des ISNM-Ranking, einer Untersuchung aller deutschen Landkreise, hin. Dabei habe der Landkreis ganz gut abgeschnitten, aber in der Kinderbetreuung gebe es noch Schwächen. Die Untersuchung gebe den Stand des Jahres 2007 wieder. Seitdem sei bereits einiges geschehen. Der Kreistag habe beschlossen, die Kindertagesbetreuung nach einem Stufenplan auszubauen. Der Ausbau der Plätze in Kindertagesstätten sei bereits auf einem guten Weg. Auch für die kommenden Jahre sei der Landkreis mit dem vorgesehenen Ausbauplan gut aufgestellt. Sie sei sicher, dass der Landkreis bei einer Erhebung mit aktuellen Zahlen besser abschneiden würde. Die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Beschluss:

Der Ausbau eines bedarfsgerechten Angebots für die Betreuung von unter Dreijährigen im Landkreis Rotenburg (Wümme) ist den gesetzlichen Vorgaben des KiföG anzupassen und in jährlichen Ausbaustufen bis zum 31.07.2013 umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	48
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 16 der Tagesordnung: **Richtlinie zur Förderung von Hortplätzen**
Hier: Anpassung der Richtlinie an die neue Vereinbarung zwischen dem Landkreis und den kreisangehörigen Städten, Samtgemeinden und Gemeinden über die Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen
Vorlage: 2006-11/0693

Abg. Dr. Fröhlich weist auf den von ihm gestellten Antrag hin, der dem Landrat schriftlich vorliege. Hier gehe es um die Betreuung von Kindern im Alter von 6 Jahren und älter. Dies sei eine wichtige Phase, auch im Hinblick auf die sich verändernden Familienstrukturen. Es sei wichtig, dass für Kinder in diesem Alter genügend Betreuungsplätze vorhanden seien. Der Staat müsse die Kinder im Wachsen stärker begleiten. Dies könne ein wichtiger Markt werden. Deshalb solle der Beschlussvorschlag wie folgt geändert werden: In Abs. 1, Zeile 3 sollen die Worte „nicht gewerbliche“ gestrichen werden. In Absatz 3, Zeile 1 sollen die Worte „nicht gewerblich“ sowie die Klammer in Zeile 1 und 2 zugunsten eines Kommas gestrichen werden.

Mit dieser Änderung solle erreicht werden, dass kein Monopol für kommunale Anbieter geschaffen werde. Ein Wettbewerb sei auch in diesem Bereich wichtig, um für Verbesserungen des Angebotes offen zu sein. Er bitte um Zustimmung zu seinem Antrag.

Landrat Luttmann erklärt, in der bisherigen Fassung der Richtlinie würden z. B. auch Betriebskindergärten von einer Förderung ausgenommen. Er schlage deshalb folgende Änderung der Formulierung in Ziffer 1. vor: Hinter dem Wort „Hortplätzen“ solle ein Punkt eingefügt und der Rest des bisherigen Satzes gestrichen werden. Zu Ziffer 3. solle der gesamte bisherige Satz 1 gestrichen und durch den Satz „Die Förderung setzt eine gültige Betriebserlaubnis des Niedersächsischen Kultusministeriums, Referat Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder, Fachdienst Lüneburg, voraus.“ ersetzt werden.

Abg. Wölbern führt aus, die SPD-Fraktion werde den Antrag des Abg. Dr. Fröhlich ablehnen. Einen Marktwettbewerb auf dem Sektor der Kinderbetreuung halte er nicht für gut. Die SPD-Fraktion werde allen Vorschlägen, mit denen eine Verbesserung der Situation erreicht werde, zustimmen. Im Landkreis gebe es im Bereich der Kindertagesbetreuung noch einen großen Verbesserungsbedarf.

Abg. Dreyer möchte vor einer Abstimmung die Konsequenzen der Änderung erläutert haben.

Landrat Luttmann führt aus, Hintergrund seines Änderungsvorschlages sei, dass auch private Träger von Kindertageseinrichtungen, wie z. B. Betriebskindergärten, nicht von einer Förderung ausgenommen werden sollten.

Abg. Kullik spricht sich gegen den Antrag des Abg. Dr. Fröhlich aus. Die Einbeziehung von Betriebskindergärten in die Förderung sei in Ordnung, aber eine Öffnung für rein gewerbliche und Gewinn orientierte Anbieter solle es nicht geben.

Dem stimmt **Abg. Bussenius** zu.

Abg. Dr. Fröhlich hält dem entgegen, dass auch gewerbliche Anbieter einer behördlichen Genehmigung für deren Einrichtungen bedürften. Damit würden Angebot und Leistungs niveau immer unter Kontrolle stehen. Hierdurch könne aber nach seiner Ansicht eine Verbesserung des Angebotes erreicht werden.

Abg. Kullik meint, diese Diskussion müsse im Jugendhilfeausschuss und nicht im Kreistag geführt werden. Der Abg. Dr. Fröhlich hätte seinen Antrag im Jugendhilfeausschuss stellen sollen.

Kreistagsvorsitzender Brünjes weist darauf hin, dass der Abg. Dr. Fröhlich in der Jugendhilfeausschusssitzung eine Anfrage zur Einbeziehung von gewerblichen Trägern in die Förderung gestellt habe, die nicht beantwortet werden konnte.

Abg. Gudella-de Graf schlägt vor, die Angelegenheit zu vertagen und an den Jugendhilfeausschuss zu verweisen. Damit hätten die Fraktionen Gelegenheit, sich erneut zu beraten.

Abg. Steppat meint, der Kreistag solle heute über die Richtlinie beschließen.

Abg. Bargfrede hält die Gewinnmöglichkeit für gewerbliche Anbieter auf dem Gebiet der Kindertagesbetreuung eher für theoretisch. Betriebskindergärten sollten aber in die Förderung einbezogen werden. Auch er spricht sich für eine Verweisung an den Jugendhilfeausschuss aus.

Beschluss:

Der Änderungsentwurf der Richtlinie zur Förderung von Hortplätzen wird zur weiteren Beratung an den Jugendhilfeausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	48
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 17 der Tagesordnung: **Satzung des Landkreises Rotenburg (Wümme) über die Förderung von Kindern in Kindertagespflege (§§ 23 und 24 SGB VIII) und die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Kindertagespflege (§ 90 SGB VIII)**
Vorlage: 2006-11/0695

Beschluss:

Der Satzung des Landkreises Rotenburg (Wümme) über die Förderung von Kindern in Kindertagespflege (§§ 23 und 24 SGB VIII) und die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Kindertagespflege (§ 90 SGB VIII) wird zugestimmt.

Die Satzung tritt zum 01.07.2009 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Richtlinie des Landkreises Rotenburg (Wümme) zur Förderung in Kindertagespflege gem. §§ 23 und 24 SGB VIII außer Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 48
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 18 der Tagesordnung: **Anhebung der Wertgrenzen für Auftragsvergaben**
Vorlage: 2006-11/0694

Kreistagsvorsitzender Brünjes weist auf die Empfehlung des Kreisausschusses hin, eine Befristung der Regelung bis zum 31.12.2010 aufzunehmen.

Beschluss:

Der Landkreis Rotenburg (Wümme) wendet den Runderlass der Niedersächsischen Landesregierung vom 04.02.2009 zur Beschleunigung von investiven Maßnahmen - Festsetzung von Wertgrenzen unterhalb der geltenden EU-Schwellenwerte für

1. Bauaufträge (VOB/A),
 2. Liefer- und Dienstleistungsaufträge (VOL/A)
- an.

Vergaben für Hoch- und Tiefbauvorhaben ab einer Wertgrenze von 50.000 Euro werden im Ausschuss für Hoch- und Tiefbau beraten.

Über Auftragsvergaben ab einer Wertgrenze von 200.000 Euro beschließt der Kreisausschuss.

Diese Regelung ist befristet bis zum 31.12.2010.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 48
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 19 der Tagesordnung: **Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
vom 18.12.2008 zur Schulentwicklungsplanung
Vorlage: 2006-11/0662

Abg. Bussenius erklärt, der Antrag seiner Fraktion gliedere sich in die Punkte Schulentwicklungsplanung und die Schulraumnutzung. Im Bereich der Schulentwicklungsplanung sei der Landkreis aktiv geworden. Hier sei Bewegung entstanden, die Beteiligten würden einbezogen. Dieser Teil des Antrages sei im Schulausschuss am 11.03.2009 zurückgestellt worden, werde aber zum Ende des Jahres wieder aufleben, weil sich dann im Bereich der Schulentwicklungsplanung Änderungen ergeben haben müssten. Hinsichtlich der schwerpunktmäßigen Koordination zwischen Landkreis und Kommunen in Bezug auf die Schulraumnutzung solle eine entsprechende Unterrichtung durch die Verwaltung im Rahmen der kommenden Schulausschusssitzung erfolgen. Dazu sollten insbesondere folgende Fragen beantwortet werden:

Wie stellt sich die koordinierende Tätigkeit des Landkreises im Hinblick auf regelmäßige Gespräche mit den Kommunen genau dar?

Welche Gespräche mit welchen Kommunen haben seit Antragstellung im Dezember 2008 tatsächlich stattgefunden?

Zu welchen Ergebnissen haben die bisherigen Abstimmungen mit den einzelnen Schulträgern im Landkreis seit Antragstellung (ursprünglicher Antrag vom 18.12.2008) bisher geführt?

Welcher Handlungsbedarf hat sich unter demographischen Gesichtspunkten –ggfs. Rückgang der Schülerzahlen- aus den bisher geführten Gesprächen für den Landkreis im Hinblick auf künftige Schulraumnutzungen und die Errichtung von Schulstandorten ergeben?

Seine Fraktion habe mit diesem Antrag unterstreichen wollen, dass die Raumplanung zusammen mit den Gemeinden ein Schwerpunkt der Arbeit der Kreisverwaltung werden müsse. Ziel sei es, eine gute Versorgung der Schüler mit Schulräumen zu erreichen und Kosten durch die Vermeidung von nicht benötigten Schulbauten einzusparen.

Abg. Bassen weist darauf hin, dass der Antrag bereits im Kreisausschuss am 30.04.2009 diskutiert worden sei. Dabei habe die Abg. Twesten zugestimmt, den Antrag zunächst weiter im Schulausschuss zu behandeln.

Abg. Twesten beharrt darauf, dass der Kreistag einen Beschluss zu dem Antrag fassen solle.

Kreistagsvorsitzender Brünjes schlägt eine Verweisung des Antrages an den Schulausschuss vor.

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen vom 18.12.2008 zur Schulentwicklungsplanung wird zur weiteren Beratung an den Schulausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	47
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

Anschließend gibt **Landrat Luttmann** eine persönliche Erklärung ab: Er bleibe bei der Darstellung, dass bis zum heutigen Tag keine Fraktion die Einrichtung von Gesamtschulen beantragt habe.

Punkt 20 der Tagesordnung: **Schutzengelprojekt im Landkreis Rotenburg (Wümme); Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 02.03.2009**
Vorlage: 2006-11/0676

Abg. Genter-Mickley erläutert den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion. Grund hierfür seien die häufigen Unfälle mit Beteiligung von jungen Autofahrern, auch aufgrund Alkoholeinfluss oder Unerfahrenheit. Deswegen sei alle Maßnahmen, die Abhilfe schaffen könnten, zu begrüßen. Dort setze der Antrag ein. Die Verwaltung solle ein Konzept erarbeiten, um ein solches Projekt im Landkreis einzuführen. Im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr seien bereits erste Vorschläge gemacht worden. Es sollten nicht nur junge Frauen, sondern auch junge Männer zu Schutzengeln ernannt werden können. Auch das Angebot einer psychologischen Betreuung für Unfallopfer oder Angehörige und Freunde sei vorgeschlagen worden. Es sollten auch Erfahrungen aus anderen Landkreisen mit einbezogen werden. Im Fachausschuss hätten alle Fraktionen die Wichtigkeit der Angelegenheit erkannt und zusammengearbeitet.

Kreistagsvorsitzender Brünjes lässt über den Empfehlungsbeschluss des Kreisausschusses abstimmen.

Beschluss:

1. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, entsprechende Vorschläge zur Umsetzung zu erarbeiten. Bestehende Projekte sollen hierzu als Vorbild gelten.
2. Junge Menschen im Alter von 16 bis 24 Jahren können vom Landrat zu Schutzengeln ernannt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	47
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

Punkt 21 der Tagesordnung: **Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

Punkt 22 der Tagesordnung: **Einwohnerfragestunde**

Herr Kunz aus **Gnarrenburg** fragt, ob das am morgigen Tag stattfindende Gespräch mit Vertretern der Kostenträger und Bürgermeistern aus dem Landkreis zum Thema Rettungsdienst nicht besser vor der heutigen Kreistagssitzung hätte stattfinden sollen.

Landrat Luttmann stimmt dem zu. Er habe versucht, einen Gesprächstermin noch im April zu erreichen. Dies habe sich aber wegen Terminschwierigkeiten bei den Beteiligten nicht realisieren lassen.

Nachdem keine weiteren Einwohnerfragen gestellt werden beendet **Kreistagsvorsitzender Brünjes** den öffentlichen Teil der Kreistagssitzung.

Die Zuhörer und die Vertreter der Presse verlassen den Sitzungsraum.

Kreistagsvorsitzender

Landrat

Protokollführer

